

**Brief an
Sozialministerin Dr. Franziska Giffey
Staatssekretär Stefan Zierke**

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) stärkt seit knapp zwei Jahrzehnten zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine, Beratungseinrichtungen und engagierte Einzelpersonen in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus und für eine lebendige demokratische Gesellschaft der Vielen. Das aktuelle Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ fördert kommunale, regionale, landesweite und überregionale Projekte und Beratungseinrichtungen bis Ende 2019 mit insgesamt 115,5 Millionen Euro, knapp ein Zehntel davon wird für die wichtigen Aufgaben der Opferberatungen, Mobilen Beratungen und Aussteigerberatungen aufgewandt. Bisher gehörte auch der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG e.V.) und der Bundesverband Mobile Beratung (BVMB) sowie der Dachverband „Ausstieg zum Einstieg“ zu den Strukturprojekten des Programms. Der VBRG e.V. ist mit 14 Beratungsstellen in zwölf Bundesländern die bundesweit zentrale Einrichtung im Themenfeld Opferberatung, unabhängiges Monitoring rechter Gewalt und Qualitätsentwicklung in einem noch jungen Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit. Der Bundesverband der Mobilen Beratungen und auch der Dachverband „Ausstieg zum Einstieg“ gehören ebenfalls zu den zentralen Ansprechpartnern in den Themenfeldern Kommunale Beratung gegen Rechtsextremismus und für Demokratieförderung sowie Förderung von Ausstiegs- und Distanzierungsprozessen.

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Aufrufs arbeiten im Themenfeld der Sozialen Arbeit, der Rechtsextremismusforschung, der Kriminologie und der kritischen Migrationsforschung. Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler begleiten wir seit vielen Jahren – zum Teil seit der Jahrtausendwende - die Umsetzung der jeweiligen Bundes- und Landesprogramme gegen Rechtsextremismus. Wir kennen die Programme sowie die Wirksamkeit und Bedeutung insbesondere der Opferberatungsstellen und der Mobilen Beratungsteams sowie ihrer Dachverbände aus der wissenschaftlichen Evaluation ebenso wie aus der direkten Zusammenarbeit. Wir stehen mit dem VBRG e.V. und dem Dachverband der Mobilen Beratungen sowie seit mehreren Jahren im Austausch und im kontinuierlichen Dialog. Wir schätzen die Verbände als zentrale Ansprechpartner für den unschätzbar wichtigen Wissenschafts-Praxis-Dialog und den Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis. Die Entwicklung und die Praxis der Dachverbände, die innerhalb weniger Jahre wirksame Aus- und Weiterbildungscurricula entwickelt und zentrale Impulse in der Primär und Sekundärprävention in Bezug auf eine effektive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit umgesetzt haben, gehört zu den Erfolgsgeschichten von „Demokratie Leben!“ Wir haben in den letzten fünf Jahren mit den Kolleg*innen der Dachverbände gemeinsame Konferenzen organisiert, Publikationen veröffentlicht und den Ausbau der Beratungsstrukturen in den westdeutschen Flächenländern vorangebracht und politisch Verantwortliche aller demokratischen Parteien beraten.

Mit großer Bestürzung und Überraschung haben wir nunmehr erfahren, dass in der durch Ihr Ministerium dankenswerterweise geplanten Neuauflage von „Demokratie Leben!“ keine Weiterförderung der Dachverbände der Opferberatungen, der Mobilen Beratungen und der Aussteigerberatungen durch das BMFSFJ mehr geplant ist. Vielmehr ist offenbar ein Modell geplant, wonach durch Bundesgelder, die den Landesdemokratiezentren von „Demokratie Leben!“ zur Verfügung gestellt und durch die Träger der Opferberatungen, Mobilen Beratungen und Aussteigerberatungen beantragt werden sollen, bei Bedarf auch Fort- und Weiterbildungen sowie der Austausch unter den Trägern beantragt werden können und diese Gelder dann ggfs. den Dachverbänden zur Verfügung gestellt werden sollen. Mit anderen Worten, für die Dachverbände besteht ab Januar 2020 keinerlei Planungssicherheit

mehr; sie können ihre zentralen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen und werden faktisch bedeutungslos.

Wir gehen davon aus, dass die Tragweite dieser Entscheidung, die offenbar auf Arbeitsebene des Referats „Demokratie Leben!“ getroffen wurde, in Ihrem Ministerium noch nicht zu Ende gedacht worden ist. Aus wissenschaftlicher Perspektive halten wir es für verantwortungslos, im Rahmen eines Programms, das sich immer mehr als Gemischtwarenladen präsentiert, erfolgreich arbeitende Strukturen wie die Dachverbände der Opferberatungen, der Mobilen Beratung und der Aussteigerberatung zu demontieren.

Die derzeitige gesellschaftliche Situation und deren weitere mögliche Zuspitzung nach den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen erfordert aus Sicht der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner ein Bundesprogramm, das – wie parteiübergreifend als Konsequenz aus der staatlichen Verantwortung für den rassistischen Terror des NSU empfohlen – diejenigen stärkt und fördert, die sich mit Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und anderen Formen des Phänomens der ‚gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit‘ auseinander setzen und demokratische Grundwerte – oft mit dem Rücken zur Wand – vor Ort verteidigen. Die Dachverbände der Opferberatung, der Mobilen Beratung und der Aussteigerberatung sind dafür unverzichtbar.

Wir bitten Sie daher, dafür Sorge zu tragen, dass der VBRG e.V., der Bundesverband Mobile Beratung und der Dachverband „Ausstieg zum Einstieg“ auch in der kommenden Förderperiode von „Demokratie Leben!“ durch das BMFSFJ eine tragfähige Strukturförderung erhält.

Mit freundlichen Grüßen,

Titel	Name	Institution	Stadt
-------	------	-------------	-------